

Vorwort

Sandro Mezzadra: Vorwort. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/10.53291/CAEG4936>

Das Jahr 1978, in dem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nach jahrelangen Vorbereitungen formell gegründet worden ist, wird von ihren Mitgliedern als „existentielle Periode“ in ihrer Geschichte bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt waren seit dem Militärputsch erst sieben, seit dem Triumph des antiimperialistischen Volkskriegs in Vietnam erst drei Jahre vergangen. Dieser Volkskrieg schien damals neue Räume für die sozialistische Revolution in Südostasien und anderswo in der Welt zu öffnen. Nach einem Jahrzehnt des Guerillakampfes starteten 1978 auch die Sandinisten in Nicaragua die endgültige Offensive gegen die Diktatur Somozas, die im folgenden Jahr zum Sieg der Revolution führte. Waren die anderen Länder Mittel- und Lateinamerikas, allen voran El Salvador, folglich dazu verurteilt, diesem Weg zu folgen?

Im Iran entstand ebenfalls eine revolutionäre Bewegung, die innerhalb weniger Monate zum Sturz des Schahs führte. Viele linke Beobachter:innen hielten die religiöse Dimension dieser Revolution, die von Ayatollah Khomeini verkörpert wurde, im Vergleich zu der Rolle, die die Kommunistische Partei (die Tudeh) und die Volksfedajin-Guerilla spielten, für unbedeutend.

Dabei handelte es sich zweifellos um einen dramatischen Fall von politischer Kurzsichtigkeit, aber das entsprach gewissermaßen dem Geist der Zeit. Rückblickend kann man wohl sagen, dass die späten 1970er Jahre den Anfang der neoliberalen Hegemonie markierten, die durch den Putsch von Pinochet in Chile 1973 vorweggenommen und später durch die Namen Thatcher und Reagan verkörpert wurde. Wenn man jedoch über Europa und den Westen hinausblickte, schien der Antiimperialismus erst am Ende einer historischen Entwicklung stehen zu können, wohingegen die sozialistische Revolution als eine absolut konkrete politische Möglichkeit betrachtet wurde.

Vietnam, Nicaragua und der Iran sind drei sehr unterschiedliche Länder mit jeweils sehr verschiedenen Geschichten und auch Verstrickungen in den Kolonialismus und Imperialismus (selbst im Fall des Iran, der nie offiziell kolonialisiert wurde). Die Revolutionen, die dort stattgefunden haben, warfen die drängenden Fragen zum Antikolonialismus, zur nationalen Selbstbestimmung und zum Nationalstaat erneut auf, die in den marxistischen Debatten seit dem frühen 20. Jahrhundert und insbesondere in den Anfangsjahren der Dritten Internationale eine wichtige Rolle gespielt hatten. Berühmte Kontroversen, wie jene zwischen Lenin und dem indischen Kommunisten Manabendra Nath Roy im Jahr 1920, schufen die Voraussetzungen für eine revolutionäre Politik außerhalb der westlichen Metropolen. Innerhalb dieser Debatten gab es viele verschiedene Standpunkte, und Lenin selbst schwankte zwischen verschiedenen Positionen in Bezug auf das Verhältnis zwischen nationalen Bewegungen und der kommunistischen Weltrevolution. Nach Lenins Tod jedoch wurde die Politik des Marxismus-Leninismus im Hinblick auf diese Themen brutal vereinfacht. Und insbesondere in der Frage der Sezession und Selbstbestimmung wurde das, was 1914 in vielerlei Hinsicht eine taktische Position Lenins gewesen war (mit dem Ziel, „den Nationalismus jeder Art, vor allem den großrussischen Nationalismus, zu bekämpfen“), zu

einer Art Dogma. „Selbstbestimmung“, so erklären Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya in ihrer Einleitung, wurde streng mit dem politischen Ziel verbunden, sich von „fremden nationalen Körperschaften“ abzuspalten und „einen unabhängigen Nationalstaat“ aufzubauen.

Man kann sagen, dass dadurch unter anderem Lenins vernichtende Kritik am Staat in seinem revolutionären Manifest von 1917 *Der Staat und die Revolution* ausgelöscht wurde. Sicher, das Verhältnis zwischen dieser Kritik und dem revolutionären Staatsaufbau der Sowjetunion in ihren Anfangsjahren ist seit Jahrzehnten ein Thema heftiger Kontroversen. Aber darum soll es hier nicht gehen. Hervorzuheben ist vielmehr die Tatsache, dass der Staat seitdem im Mittelpunkt kommunistischer Politik steht (während er schon lange vor der Spaltung der internationalen Arbeiter:innenbewegung nach 1917 als ausschließlicher Horizont klassischer sozialdemokratischer Politik verstanden worden war). Es versteht sich von selbst, dass es in der Geschichte der revolutionären Politik des letzten Jahrhunderts viele heterodoxe Erfahrungen gibt. In vielen Teilen der Welt hat die Arbeiter:innenautonomie Parteiorganisationen und ihre staatszentrierte Agenda infrage gestellt, die Tradition der Sowjets und Arbeiter:innenräte hat Experimente mit der Selbstverwaltung am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft genährt, spezifische Formen der Autonomiepolitik haben antikoloniale und postkoloniale Befreiungsprojekte von Indien bis Bolivien geprägt. Es ließen sich leicht weitere Beispiele aufzählen. Es bleibt jedoch Fakt, dass der Mainstream der sozialistischen und kommunistischen Politik im 20. Jahrhundert den Staat als vorrangiges Instrument für die gesellschaftliche Transformation betrachtet hat und demnach der politische Horizont beschränkt war. Wir wissen, dass die Ergebnisse, gelinde gesagt, nicht besonders erfreulich waren. Und dennoch prägt die Betonung der Zentralität des Staates auch heute noch zahlreiche politische Projekte der Linken.

Aus diesem Grund sind Geschichte und Gegenwart der PKK, die in diesem Buch mit wissenschaftlicher Sorgfalt und politischem Engagement rekonstruiert und diskutiert werden, auch über den kurdischen Kontext hinaus so wichtig. Es ist kein Zufall, dass die Doktrin und die Praktiken des „demokratischen Konföderalismus“, wie sie zum Beispiel im Experiment von Rojava zum Ausdruck kommen, an verschiedenen Orten der Welt Wiederhall finden. Dies tun sie in einer Weise, die an die Zustimmung, die dem *Zapatismus*¹ nach dem Aufstand in Ciapas von 1994 entgegengebracht wurde, erinnert. Sowohl der *Zapatismus* als auch die PKK, die oft miteinander verglichen werden, liefern uns inspirierende Beispiele für Bewegungen, die in der Lage sind, die Geschichte und Erfahrung der Guerilla in eine Politik der Befreiung – jenseits des Staates – für das 21. Jahrhundert umzuwandeln. Insbesondere im Falle der PKK führte der politische Wandel, der von Abdullah Öcalan nach seiner Gefangennahme und Entführung aus Kenia im Jahr 1999 eingeleitet wurde, zunächst dazu, das Ziel eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats durch eine Politik der Autonomie und Selbstverwaltung zu ersetzen. Trotz der vielen Widerstände in seiner eigenen Organisation sorgte Öcalans Projekt außerdem dafür, dass die Struktur der Partei grundlegend infrage gestellt und zudem die Bedeutung von Themen betont wurde, die bis dahin nicht auf der Agenda der PKK gestanden hatten – vom Feminismus bis zur Ökologie. Im Dialog mit verschiedenen radikalen Denker:innen, wie Murray Bookchin, Michael Hardt und Antonio Negri, arbeitet Öcalan seit mehr als zwanzig Jahren an einem Projekt der ‚radikalen Demokratie‘, das einen neuen kommunistischen Horizont eröffnen soll.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Buches steht die Geschichte dieses Projekts, das auf der Grundlage der kurdischen Politik seit

1 Die Zapatistas sind aufständische indigene Personen und Gemeinden in Mexiko, die sich den Namen und die Forderung „Tierra y Libertad“ nach Land und Freiheit des Revolutionshelden Emiliano Zapata (1879–1919) angeeignet haben.

den 1970er Jahren entstanden ist. Unabhängig von der (Selbst-) Kritik Öcalans in den Anfangsjahren der PKK ist es wichtig festzustellen, dass die Partei seit ihrer Gründung eine wichtige Rolle dabei spielte, das Gefühl der Einheit der Kurd:innen trotz ihrer geografischen und sogar politischen Heterogenität zu fördern. Indem sie die Klassenpolitik fast aller marxistischen Gruppen und Organisationen in der Türkei infrage stellte, bestand die PKK auf etwas, das wir heute ein ‚Recht auf Differenz‘ innerhalb des Proletariats nennen können.

Die Betonung der spezifischen Ansprüche der kurdischen Gesellschaft sowie die Tatsache, dass ihre Existenz seit der Gründung der türkischen Republik mit allen Mitteln gelehrt worden ist, eröffnete ein neues Kampfterrain. In dieser Hinsicht muss es als entscheidender Schritt gelten, dass sie in den 2000er-Jahren die Verbindung zwischen Nation und Staat aufkündigten, die bei der Gründung der Partei noch als selbstverständlich angesehen wurde – aus Gründen, die leicht zu verstehen sind, wie ich zu Beginn dieses Vorworts erläutert habe. Die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen im 20. Jahrhundert ist geprägt vom Schatten eines Staates, der sich – zunächst vom Wunsch getragen, unabhängig und souverän errichtet zu werden – allzu oft in eine Macht verwandelt, die die gesamte Politik monopolisiert, die revolutionäre Fantasie austrocknet und schließlich monströse Unterdrückungsapparate entwickelt. Erinnern wir uns an die Worte Frantz Fanons in *Die Verdammten dieser Erde* (1961): „Wenn der Nationalismus nicht erklärt, bereichert und vertieft wird, wenn er sich nicht sehr rasch in politisches und soziales Bewusstsein, in Humanismus verwandelt, dann führt er in eine Sackgasse.“ Es ist leider festzustellen, dass dieser Prozess der Erklärung, Bereicherung und Vertiefung nach der Unabhängigkeit in vielen Fällen (einschließlich des algerischen, auf den sich Fanon bezog) einfachhin an den Staat delegiert wurde. Mit bekanntem Ergebnis.

Das Projekt des demokratischen Konföderalismus stützt sich auf das kurdische Nationalbewusstsein und die ‚Identitäts-

politik‘, geht aber über ein exklusives Verständnis der Nation hinaus und erkennt die Bedeutung ethnischer, religiöser, sprachlicher und nationaler Unterschiede im vielfältigen Gefüge des Nahen Ostens im Allgemeinen und der kurdischen Gebiete im Besonderen an. Darüber hinaus impliziert die Kritik am Staat, wie Jongerden und Akkaya zu Recht betonen, immer schon eine Kritik an den Grenzen. Das radikaldemokratische Projekt der PKK, so schreiben sie, „zielt darauf ab, Grenzen flexibel und auf lange Sicht irrelevant zu machen“. Das ist tatsächlich ein ehrgeiziges und radikales Projekt, dessen Relevanz besonders durch die aktuellen Tendenzen zur Verstärkung und Militarisierung von Grenzen deutlich wird. Die Folgen dieser Entwicklungen werden besonders im Mittelmeer, nicht weit von den Gebieten Kurdistans entfernt, besonders dramatisch sichtbar. Eine solch radikale Haltung in Bezug auf Grenzen im Allgemeinen kündigt eine internationalistische Politik an, die auf anderen Grundlagen vollkommen neu erdacht werden muss.

Abschließend möchte ich sagen, dass dieses Buch die Widersprüche, Fehler und Fallstricke des Projekts der PKK keinesfalls verschweigt. Jongerden und Akkaya erwähnen zum Beispiel den „Mangel an Demokratie“ in den eigenen Reihen der Partei und übernehmen von Slavoj Žižek den Ausdruck „jakobinisches Paradoxon“, um die Spannungen zwischen dem Ziel einer radikalen Demokratie und der Anwendung von Gewalt als legitimes politisches Mittel zu deren Erreichung zu erörtern. Trotz dieser Problemfelder haben wir es hier mit einem realen politischen Projekt zu tun, dessen Gegenwart und Zukunft in Gebieten zu verwirklichen versucht wird, in denen Krieg herrscht: sowohl im türkischen Südosten, in den Bergen des Nordiraks als auch in Rojava. Innerhalb dieser Auseinandersetzungen darf zudem nicht vergessen werden, dass Öcalan seit 1999 im Gefängnis sitzt und ein wirklicher Friedensprozess in der Türkei nicht in Sicht ist.

Dieses Buch bietet den Leser:innen einen hervorragenden Überblick über die Geschichte sowie das aktuelle Projekt der

PKK. Ihre weitere Zukunft wird, wie immer bei revolutionärer Politik, daran gemessen werden müssen, wie effektiv sie auf das Ziel des Aufbaus einer demokratischen, sozialistischen, feministischen und ökologischen Gesellschaft hinarbeitet.

Sandro Mezzadra, Februar 2022

